

N. 252. Abendblatt. Sonnabend, den 1. Juni. 1867.

## Deutschland.

□ Berlin, 31. Mai. Demokratische Blätter polemisierten wieder gegen die Ausdehnung der Kompetenz des Staatsgerichtshofs auf die Provinz Hannover; darin liegt ein Widerspruch in doppelter Beziehung. Die höchsten Gerichtsstellen sind bekanntlich in Hannover meist von Adligen besetzt, von Verwandten und Freunden der wegen Hoch- und Landesverrats zur Untersuchung gekommenen. Siele nun das Urtheil in letzter Instanz zu deren Gunsten aus, so würde der jetzt schon öfter ausgesprochene Vorwurf, daß die Regierung zu nachlässig gegen den Adel sei, mit Recht neue Nahrung erhalten; gerade von demokratischer Seite könnte es also am wenigsten getadelt werden, wenn die Regierung nicht zu Gunsten der kompromittirten hannoverschen Adligen die gesetzliche und verfassungsmäßige Kompetenz des Staatsgerichtshofs noch längere Zeit suspendirt halten will. Auch in dieser Beziehung kämpft die demokratische Presse wieder für den Particularismus gegen die einheitliche Justizorganisation. — Die Meldung eines Pariser Korrespondenten der „Times“, der König von Preußen habe dem Gesandten des Schweizer Bundes bei der ersten Audienz verstreift, daß im Kriegsfall mit Frankreich preußischerseits die Neutralität der Schweiz streng respektirt werden würde, ist nach einer Erklärung des betr. Gesandten, Dr. Heer, in der „Augsb. Allg. Zeit.“ vollständig erfunden, wie man dies bei nur oberflächlicher Kenntnis der Hof- und Diplomaten-Etiquette sich sagen müßte. Nationalrat Dr. Heer erklärt, daß der König bei dieser Audienz in keiner Weise politische Fragen näher berührte, sondern sich einfach auf die Beobachtung der konventionellen Formalitäten beschränkt habe. Es ist wieder ein Beweis, wie gewissenlos oft Nachrichten in die Welt geschickt werden. — Nach dem „Militär-Wochenblatte“ ist eine neue Eintheilung der Landwehrbezirke zu erwarten. — Zur Beseitigung von Mängeln des Artillerie-Materials werden demnächst in einigen Garnisonen unter Leitung der Artillerie-Kommission Versuche vorgenommen. — Die Vorlage wegen der Porto-Ermäßigung hat insofern noch eine Abänderung erfahren, als das Porto von ½ Sgr. nur für eine Entfernung unter fünf Meilen, nicht zehn Meilen, wie früher beabsichtigt, eingeführt werden soll. Bei dieser Gelegenheit wurde mir mitgetheilt, daß 42 p.C. aller Briefe in diese Kategorie der Entfernung über fünf Meilen fallen; zu Erfüllung des Ausfalls durch die Porto-Ermäßigung würde eine Steigerung des Verkehrs um das Doppelte schon nötig sein. — Von kleineren Berliner Blättern agitiert man eifrig gegen die „Neuen Berliner Nachrichten“. Wenn man selbstverständlich höheren Orts eine ungesehliche Unterstützung dieses Polizeiblattes nicht billigen würde, so ist es doch keinesfalls ohne höhere Genehmigung unter Autorität des Polizei-Präsidiums als amtliches Organ entstanden. — Se. Maj. der König wird, wie wir erfahren, auf etwa 4 Wochen zur Kur nach Ems gehen, vorher aber den Feierlichkeiten in Plegnitz beiwohnen, welche wegen der Reise nach Paris verschoben werden sollen.

Berlin, 1. Juni. Dem Vernehmen nach haben während der Anwesenheit des Kaisers Alexander von Russland in Potsdam längere Konferenzen stattgefunden, bei denen Fürst Gortschakoff und Graf Bismarck beteiligt waren.

— Der französische Botschafter Benedetti begiebt sich morgen oder übermorgen nach Paris und wird um Mitte Juni wieder zurückkehren, um alsdann nach Karlsbad zu reisen.

— Prinz Oskar von Schweden, der gestern von dem Kaiser von Russland in Potsdam empfangen wurde und an der Königlichen Tafel Thell genommen hat, reist heute Nachmittag um 5 Uhr über Stralsund nach Stockholm.

— Das Herrenhaus hält heut Mittag 12 Uhr eine Sitzung. Auf der Tagesordnung steht: Schlüsselberathung über die von der K. Staatsregierung vorgelegte Verfassung des norddeutschen Bundes. Der Antrag des Referenten (Dr. Hesse) lautet: Das Herrenhaus wolle beschließen: über die Vorlage nach dem Schluß der allgemeinen Diskussion ohne weitere Berathung im Ganzen abzustimmen; und in der Sache selbst: der von der Kgl. Staatsregierung beiden Häusern des Landtages vorgelegten „Verfassung des norddeutschen Bundes“ nebst dem Publikations- und Einführungsgesetz die Zustimmung zu ertheilen.

— Die von dem Abgeordneten v. Bonin heut eingereichte Interpellation, welche heute zur Verhandlung gelangen wird, lautet folgendermaßen: „Die Königliche Staatsregierung hat in den letzten Sessionen des Landtages wiederholt das dringende Bedürfniß anerkannt, die von dem Lande zu erlangenden Naturalleistungen für die bewaffnete Macht und deren Vergütung des Friedens und Kriegsstandes den wesentlich veränderten Verhältnissen entsprechend anderweit gesetzlich zu regeln und die Einbringung eines desfalligen Gesetzes zugesagt. Nach Artikel 61 der in der ersten Berathung von dem Hause der Abgeordneten bereits angenommenen Verfassung des norddeutschen Bundes sollen nach Publikation derselben in dem ganzen Bundesgebiete mit der gesammten preußischen Militärgefeßgebung auch die Bestimmungen über Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Erfüllung von Flurbeschädigungen u. s. w. für Krieg und Frieden eingesetzt werden. Nach gleichmäßiger Durchführung der Bundes-Kriegsorganisation soll ein umfassendes Bundes-Militärgefeß dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmäßigen Beschlusssättigung vorgelegt werden. Dieses in Aussicht genommene umfassende Bundes-Militärgefeß kann der vorhergehenden Durchführung der Bundes-Kriegsorganisation wegen erst nach längerer Zeit erwartet werden. Ist es die Absicht, in dasselbe auch die Bestimmung über Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung und die sonstigen Natural-Leistungen aufzunehmen, so würde dies dem wirklich dringenden und von allen Seiten anerkannten Bedürfniß einer ungesäumten anderweitigen gesetzlichen Regelung dieser Leistungen nicht entsprechen. Es erscheint dringend

wünschenswerth, durch eine desfallige Erklärung der Königlichen Staatsregierung dem Lande die Gewissheit zu verschaffen, daß diese anderweitige gesetzliche Regelung für Preußen nicht von dem Erlass des vorerwähnten umfassenden Bundes-Militärgefeßes abhängig gemacht werden wird. Ich richte daher an die Königliche Staatsregierung die Anfrage: „Wird die bereits wiederholt zugesicherte Vorlage Behufs anderweitiger gesetzlicher Regelung der vom Lande auch fernerhin zu übernehmenden Naturalleistungen für die bewaffnete Macht in Krieg und Frieden und deren Vergütung in der nächsten ordentlichen Session des Landtages eingebracht werden?“ Berlin, den 31. Mai 1867. v. Bonin.“

— Der Landtag des Fürstenthums Lippe hat die Verfassung des norddeutschen Bundes einstimmig angenommen. — Das Gleiche ist von der Bürgerschaft der freien Stadt Lübeck am 27. Mai geschehen. Hier erfolgte die Annahme der Bundesverfassung (und der Militär-Konvention mit 80 Stimmen gegen 1 Stimme).

— Aus den russischen Ostsee-Provinzen wird der „Schlesischen Zeitung“ die Mittheilung, daß daselbst eine an den Grafen Bismarck abzusendende Adresse cirkulire, sowohl auf den Gütern der Ritterchaft, wie in den Städten, welche auch bereits mit zahlreichen Unterschriften der hervorragendsten Persönlichkeiten und Handelsfirmen bedekt sei. In dieser Adresse werbe dem preußischen Ministerpräsidenten für seine Haltung in der Luxemburger Angelegenheit und für die Erhaltung des europäischen Friedens gedankt. Die Adresse, obgleich von Deutschen angeregt, enthalte auch Unterschriften deutscher Russen.

— Am 29. d. M., dem dritten der für die erste allgemeine Versammlung deutscher Müller und Mühlens-Interessenten angezeigten Tage, konstituirte sich die Versammlung definitiv als „Verband deutscher Müller und Mühlens-Interessenten.“ 233 Mitglieder, die sofort beitreten, beschlossen die Zeitschrift „Die Mühle“ in Leipzig als Vereinsorgan zu acceptiren, wählten zum Vorsitzenden von der Wyngaert aus Passow bei Stettin, zu dessen Stellvertreter Herrn Kittler aus Plauen, sowie 12 Vorstandsmitglieder, darunter vier aus Berlin, nämlich die Herren Müller, Heilmann, Lingner und Professor Wiebe. — Zum Vorort für das nächste Jahr wurde wiederum Berlin gewählt, und dem Vorstand die Feststellung der Zeit der nächsten Versammlung überlassen. — Ein gemeinsames Festmahl beschloß die Versammlung.

Berlin, 31. Mai. (Abgeordnetenhaus.) 9. Sitzung. (Schluß.) Nachdem Abg. v. Hennig für die Vorlage (siehe Morgenblatt) gesprochen, ergreift Abg. Michelis (Allenstein) gegen dieselbe das Wort: Während ich bei der ersten Lesung nur meine Abstimmung motivieren wollte, mündete ich heut Einfluß ausübend auf Ihren Beschuß im verhängnißvollen Augenblick. Ich hatte an meiner Ansicht fest, wenn ich auch von ihrer Erfolgsseite überzeugt bin. Die innere Lage der Sache hat sich nicht geändert, wohl aber die äußere; zunächst in Beziehung auf die Luxemburger Frage, die nun nicht mehr als Schiedsgericht gegen uns gebraucht werden kann, wie es geschehen ist; dann aber in Betreff der Haltung des Ministeriums, die neue Lückentheorie, die Solidarität der Minister, obgleich sie heut so gering vertreten sind. Ich frage die Minister, ob sie solidarisch für die Lückentheorie einstehen? haben wir das, dann geliebt. . . . (Schallendes Gelächter) werden wir sehen und prüfen, ob die heutige Abstimmung dieselbe sein kann, wie die erste. Durch die jetzige zweite Abstimmung wird etwas von uns verlangt, was, so lange Verfaßungsleben überaupt existiert, noch nie von einer Volksvertretung verlangt worden ist. Es soll nämlich mit der preußischen Verfassung eine Veränderung vorgenommen werden, ohne daß man weiß, bis zu welcher Grenze die Veränderung geht. Sie geben durch ein solches Votum künftigen Interpretationen Raum, die auf dem Wege des Scheinkonstitutionalismus, in den Sie jetzt hineingetrieben werden, das Parlament, die fiktive Stimme des Volkes in der Politik zu Grunde richten werden. Und die, meine Herren, welche heut dafür stimmen werden, sind dafür verantwortlich. (Unruhe rechts). — Der Herr Redner hat nun die verschiedenen Mängel, welche die Bundesverfassung im Vergleich zur preußischen hat, zu beschönigen ver sucht durch die Bemerkung, daß die in der preußischen Verfassung garantirten Rechte für uns keinen praktischen Werth hätten, da der Volksvertretung an Macht fehle. Meine Herren! Wenn wir bis jetzt noch nicht die Macht haben, einen erfolgreichen Einfluß auf das Ministerium auszuüben, so hat das seinen Grund in der Schwäche, die wir selbst bezeugen. Wenn es möglich ist, daß, wenn ein Minister sagt: „Wenn Ihr das nicht annehmt, so trete ich zurück“, die ganze Majorität gegen ihre bessere Überzeugung dafür stimmt (Unruhe rechts), wenn eine Volksvertretung ein solches kindliches Spiel treibt (stürmische Unterbrechung rechts), ruft: Zur Ordnung! Glöcke des Präsidenten).

Präsident v. Forckenbeck: Meine Herren! Ich habe keinen Grund, den Redner zur Ordnung zu rufen; ich möchte ihn aber bitten, im Interesse des Hauses, nunmehr das Urtheil über eine nicht mehr existirende Volksvertretung zu verlassen. — Abg. Dr. Michelis (fortlaufend), dann kann der Erfolg kein anderer sein. Heute haben wir die Sache noch in unserer Hand,richten wir unser Votum danach ein. Ich muß — der Herr Graf Schwerin wird es mir wohl verzeihen — nochmal auf den Verfassungsgeist zurückkommen und konstatiren, daß mir mein Eid als Volksvertreter es zur heiligen Gewissenssache macht, nicht mit Bewußtsein die Verfassung Preis zu geben, die ich beschworen habe. Und gerade in diesem Augenblick, wo die Könige Europas, ja der ganzen Welt zur Huldigung zusammenströmen vor einem Herrscher, der den Eid auf die beschworene Verfassung brach und sich zum Herrscher der Politik Europas mache, da müssen wir als Volksvertreter zeigen, daß uns der Eid noch heilig ist (Beifall links). — Ein von der rechten Seite eingebrachter Schluszantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Birchow: (gegen die Vorlage.) (Die rechte Seite des Hauses ist sehr unruhig und verläßt unter ziemlichem Geräusch nach und nach den Saal.) Man wirft uns preußischen Partikularismus vor. Ja, meine Herren, in der Vertheidigung der Volksrechte bin ich partikularistisch. Sie sagen, Ihre Reichsverfassung sei entwickelungsfähig. Ich sage, sie ist entwickelungsfähig, nichts weiter. Ist es denn Jemandem von uns in den Sinn gekommen, die preußische Verfassung als etwas Mustergültiges hinzustellen? Wir wollen diese preußische Verfassung nur nicht opfern für die ganz unbrauchbare Reichsverfassung. Ist durch die Verfassung Norddeutschland mächtiger, impoanter geworden? Luxemburg verneint diese Frage. Bei unserem Kampf gegen die Regierung haben uns nur die Volksrechte kräftigen können; Titel II. unserer Verfassung, den wir in der Reichsverfassung nicht wiederfinden, ist das Palladium unserer Freiheit. Es ist merkwürdig, daß die Vertheidiger der Reichsverfassung jetzt nicht genug gegen die preußische Verfassung vorzubringen wissen. Gewiß ist richtig, daß uns sehr Vieles noch fehlt, allein unsere Verfassung stellt doch wenigstens die wichtigsten Spezialgesetze, wie über die Ministerverantwortlichkeit, in Aussicht, und so war es uns möglich, den Ministern schon jetzt zu sagen: Ihr bleibt uns für Dies oder Jenes verantwortlich. Diese Bezugnahme geht

dem Reichstage ganz verloren, der Bundeskanzler ist leider einziger Instanz verantwortlich. Es ist eine schlechte Politik, auf künftige Eventualitäten von Verbesserungen in bewegten Zeiten hinzuweisen, in der Hoffnung auf solche Eventualitäten den festen Boden unter den Füßen zu verlieren. Weil ich aber einen solchen festen Boden in der preußischen Verfassung habe, deshalb bin ich mit Bewußtsein Partikularist. — Einer der größten Vorwürfe, die wir gegen die Reichsverfassung zu machen haben, ist aber der, daß eine allgemeine Rechtsverwirrung durch dieselbe Platz greifen wird. — Wir können deshalb nicht für dieselbe stimmen. Allerdings werde auch ich später, wenn die Reichsverfassung angenommen sein sollte, an ihrer Fortentwicklung mitarbeiten, aber in d. S. nur aus Pflichtgefühl, nicht mit Freude. Mit Freude bin ich in den preußischen Verfassungskampf eingetreten, weil es so galt, positives Recht zu verteidigen; hier aber fehlt die eigentliche naturrechtliche Grundlage: eine Fortentwicklung dieser Verfassung wird deshalb immer etwas Revolutionäres an sich haben müssen. Hier sind wir nicht, wie bei der preußischen Verfassung in der Lage des Reformirens, sondern es gilt hier, die ganze Grundlage umzuwerfen, auf der die Verfassung basirt. Ich hoffe, daß dies endlich gelingen wird. Dies ist aber der Standpunkt Derer, die auf Revolution basiren. Ich, in d. S., bin nicht mehr frisch genug, um mich solchen Bestrebungen mit Freude anzuschließen. Ich bin deshalb verpflichtet, bis zum letzten Augenblick einzutreten für eine Verfassung, die ich für entwicklungsfähig halte. (Lebhafte Beifall links.)

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen; es folgen persönliche Vermerkungen. Abg. Waldeck (gegen v. Hennig): Ich habe niemals von der preußischen Verfassung im Jahre 1849 gesagt, sie sei so schlecht, daß mit ihr gar nicht zu arbeiten sei, sondern nur ein einziges Mal darüber gesprochen, nämlich am 19. Dezember 1849 habe ich den Octroyirungsparagraphen verworfen, deshalb die Verfassung für nicht annehmbar erklärt und gegen ihre damalige Annahme gestimmt. — Abg. Graf Schwerin bestätigt, daß seine Zuschrift an die Wähler von dem Vorredner ungenau citirt worden sei. Er habe nur gesagt, es sei gewagt, zu behaupten, daß kein Recht der preußischen Verfassung durch die des norddeutschen Bundes geopfert sei. Aber der Haupttag jener Schrift sei, daß die letztere für die Freiheit und Einheit der Nation wohltätig und förderlich sei. — Abg. v. Hennig hat den Abg. Birchow nicht des Partikularismus beschuldigt und von den Grundrechten nur gesagt, daß sie ohne Ausführungsgefüge wertlos seien und daß zu diesen Ausführungsgefügen im Reichstage keine Zeit gewesen sei.

Abg. Twesten (als Berichterstatter): Für den vorliegenden Fall ist die Bestimmung von der Zweidrittel-Majorität, auf die der Abg. Waldeck eingegangen ist, durchaus gleichgültig, da die Verfassung im Reichstage mit ½, in diesem Hause bei der ersten Lesung mit weit mehr als ½ angenommen worden ist. Aber wäre sie selbst hier abgelehnt und ein Appell an das Volk notwendig geworden, so würde das nächste Abgeordnetenhaus sie doch annehmen. Das preußische Haus ist liberal und will nicht die Einschränkung seiner Rechte, aber obwohl es die Mängel der Verfassung nicht verkennt, glaubt es doch nicht, daß diejenigen, die gegen Sie stimmen, sein Interesse vertreten. Die durch die preußische Verfassung gegebene Ministerverantwortlichkeit besteht der Krone wie der Landesvertretung gegenüber fort und keines der durch sie gewährleisteten Grundrechte wird vom Volke durch die Bundesverfassung entzogen. Es steht kein Wort davon in ihr. Die Gefahr, daß die Bundesregierung mit dem Bundesrathe und dem Reichstag einen Eingriff in die preußischen Volksrechte versucht, ist nicht größer als die Möglichkeit eines solchen Eingriffs durch die preußische Regierung ohne den Bund, oder gewährt das allgemeine Wahlrecht weniger Schutz gegen das Gelingen eines solchen Versuches als das Dreiklassenwahlrecht? Während des Konflikts gelang es der Majorität dieses Hauses nicht, eine Änderung in der Regierung zu bewirken; die Chance, einen solchen Eingriff zu gewinnen, ist für den Reichstag eher größer als geringer geworden, da die Regierung auf ihn mehr Rücksicht nehmen wird, als auf die preußische Vertretung. Die Bundesverfassung bietet ferner ein ebenso kraftvolles und nachdrückliches Ausgabe-Bewilligungsrecht, wie die preußische, abgesehen von dem vierjährigen Interimsfistum, das den Zweck hat, die preußische Militärverfassung in den neuen Ländern einzuführen. Den Konflikt wieder aufzunehmen nach den Ereignissen des Jahres 1866 und bei der bedrohten Lage, in der wir uns befinden und von der Luxemburg nicht der Grund, sondern ein Symptom ist, daran kann Niemand denken. Und diese Lage wird fortbauen, so lange der Bund nicht durch Aufnahme der süddeutschen Staaten vollständig abgeschlossen ist und so lange Österreich und Frankreich seine jetzige Untertugheit zu benutzen fördern, um seine Bollendung zu fördern. So lange ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Vertretung des Reichs und Preußens noch größere Opfer als bisher für die Wehrhaftigkeit beider bringen müssen. Das Nebeneinanderbestehen zweier Verfassungen und Vertretungen für fast dasselbe Volk wird in dem Antrag von Waldeck und Genossen als eine Hauptgefahr bezeichnet, und ich bekenne, daß es auch für mich ein schweres Bedenken gewesen ist, jedoch nicht groß genug, um gegen die Verfassung des Bundes zu stimmen; denn dasselbe Bedenken wird gegen jede Bundesverfassung, auch gegen die Reichsverfassung von 1849 gefestigt gemacht werden können, und sollte am wenigsten von den Fürsprechern des Bundesstaats betont werden. Eine Bundesverfassung wird immer verwirchter sein, als die einfache Verfassung eines einzelnen Staates. Minister zu entfernen, haben wir nicht die Macht, aber wir festigen einen moralischen Einfluß, mit dem wir vorwärts können, und seit 17 Jahren vorwärts gekommen sind. Es liegt nicht an den einzelnen Bestimmungen der Bundesverfassung, wenn der Eintritt Süddeutschlands in den Bund sich nicht sofort vollzieht. Die Stimming in Süddeutschland ist nicht mächtig genug für diesen Eintritt und würde durch Änderung einzelner Bestimmungen nicht mächtiger werden. Die Ursache liegt in der politischen Konstellation und in der Abspaltung, die nach großen Umwälzungen eintritt. Haben wir die Macht, unter diesen Umständen den Regierungen andere Bedingungen aufzulegen? Ich antworte mit Nein, auch wenn die liberale Partei im Reichstage zahlreicher und energischer gewesen wäre. Eine andere Verfassung ist die reine Negation, deren Folgen für das Volk ein Unglück sein würden. Eine andere Vorlage von der Regierung verlangen, ist in Wahrheit keine positive Fortentwicklung. Eine mächtige Vertretung läßt sich nicht improvisieren, sie wächst allmählig heran, und die Gelegenheiten, vorwärts zu kommen, bieten sich nicht alle Tage. Das das Ausland nicht so geringfügig von der Bundesverfassung deutet, wie ihre Gegner in unserer Mitte, das beweisen seine energischen Versuche, die Entwicklung des so organisierten Bundes zu fördern: thun wir das Unfrige, diese Versuche scheitern zu machen! Wir stehen in dem weltgeglichen Moment, in welchem ein einiges Deutschland als ein neuer Pfeiler in der Geschichte der Menschheit auferichtet werden soll. Ich hoffe daher, daß wir heute mit derselben Majorität, wie das erste Mal, für die Bundesverfassung stimmen werden, und daß sich unser Votum in Übereinstimmung mit der liberalen Mehrheit des Landes befinden wird. (Lebhafte Beifall.)

Nach einer berücksichtigen Bemerkung des Abg. Birchow, die der Präsident als eine sachliche Entgegnung bezeichnet, wird die Spezial-Diskussion über Art. I eröffnet. Niemand verlangt das Wort und der Art. I wird mit großer Majorität angenommen. Das Haus entbindet den Präsidenten von der Anwendung dieses Verfahrens auf alle einzelnen Artikel und es wird angenommen, daß sie sämtlich mit Einfluß des Titels und der Einleitungsformel mit derselben Majorität genehmigt sind wie Art. I. Bevor zur namentlichen Abstimmung über die Verfassung im Ganzen geschritten wird, wird der Antrag der Abg. Waldeck und Genossen zur Abstimmung gebracht und derselbe gegen die Stimmen seiner Unterzeichner abgelehnt. Darauf wird der Antrag des Referenten Twesten, die Ver-

fassung des norddeutschen Bundes anzunehmen, in namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 93 Stimmen angenommen. Bei der ersten Lesung war das Verhältnis fast dasselbe: 226 gegen 91 Stimmen. Von den Abgeordneten, die damals mit Nein stimmten, ist Beitzle inzwischen verstorben; abwesend ist heute Tomse, Kreuz, v. Lontz, v. Taczanowski, v. Waligorski, v. Zoltowski. Es stimmt heute mit Nein, die bei der ersten Lesung nicht anwesenden Abgeordneten Berger (Solingen), Chlapowski, Dekowski, Maranski, Pauli, Szulcynski, v. Tholarski und Wegner, außerdem wie damals: Aegerter, Alsch, André, Becker, Bender, Boed, Bresges, Caspers, Claassen-Kappelmann, Cornely, Drabich, Dunder, Eberty, Elering, Elven, Fischbach, Frenzel, Frommer, Fühsing, Godel, Graf, Groote, Haebler, Hagen (Ranckow), Hermann, v. Hilgers, Hobbeling, Hoffmann (Oblau), Hoppe, v. Hoverbeck, Jacoby, Kalan v. d. Hose, Kast, Kaufl, v. Kirchmann, Klein Schmidt, v. Kleinjorgens, Kosch, Krebs, Krieger (Goldapp), Kropff, Larz, Lashwitz, v. Laszewski, Liebst, Löwe, v. Lubenski, Lucas, Malmann, Miegelscher, Meusenberg, Michelis (Allenstein), Motte, Nitschke, Rücke, Ober, Paur, Pieck, Pilaski, Plehn, v. Proff-Trinch, Römer, v. Roenne, Roggen, Robben, Runge, v. Saucken, Schmidt, Schulte-Westhof, Schulze, Schwarze, Senff, Sommer, Stock, v. d. Straeten, Triaca, Birchow, Waldeck, Weber, Wendisch, Wengold, Winckelmann, Ziegler, zur Mühlen.

Damit sind die auf die Bundesverfassung eingegangenen Petitionen erledigt.

Abg. Lasler bittet um Auskunft, wie es mit dem vom Hause am 8. Mai genehmigten Gelegenheitswurf, betreffend die Aufhebung der Belgründungen des Hypothekar-Kredits, dessen Zustandekommen das Land mit Spannung erwarte, eigentlich stehe? — Präfekt v. Gorcenbeck kann keine Auskunft darüber geben: er hat dem Präsidium des Herrenhauses Kenntnis von dem Beschluss des Hauses gegeben und seitdem keine weitere Mitteilung von denselben erhalten.

Schluss 1½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. L.-D.: Interpellation des Abg. v. Bonin, betreffend die Naturalverpflegung der Armeen, Schlussberatung über den Bericht der Staatschulden-Kommission und über die beiden Gelegenheitswürfe des Finanzministers, Petitionen, Wahlprüfungen.

Hannover, 30. Mai. Auf der Marienburg scheint die Königin Marie ernstlich an die Abreise nach Hieping zu denken; der Kammerherr v. Eisingen soll am Montag nach Hieping im Auftrage der Königin gegangen sein, um König Georg den festen Entschluss der Gemahlin, die Marienburg zu verlassen, anzutragen. Es lässt sich erwarten, daß der König Georg den dringenden Bitten nunmehr sein Ohr leihen wird.

Leipzig, 29. Mai. Dem hiesigen Bürgermeister Dr. Koch ist von Sr. Maj. dem Könige von Preußen der Rote Adlerorden dritter Klasse verliehen worden.

Darmstadt, 29. Mai. Die "Fr. Ztg." schreibt: Einiges Aussehen erregt die in den letzten Tagen erfolgte Pensionierung dreier hoher Offiziere (unter denen der im letzten Feldzuge viel genannte Oberst und frühere Generalstabschef Becker), sowie mehrerer Hauptleute.

Fürstenthum Lippe, 29. Mai. Es verlautet, daß unser Bataillon von Detmold weg in eine preußische Garnison verlegt werden soll, was gewiß im Interesse der Offiziere und der Mannschaften sehr wünschenswert ist. Das beständige Liegen in einer so kleinen und luxuriösen Residenz wie Detmold hat ohne Zweifel für beide Theile etwas Bedenkliches.

#### Ausland.

Wien, 30. Mai. Das Ereignis des Tages ist ein offenes Schreiben an Deaf, welches der Exdiktator Kossuth im Pesther "Magyar-Ullag", dem Organ der äußersten Linken, veröffentlicht hat und worin die Magyaren aufgefordert werden, sich nicht mit der österreichischen Regierung zu versöhnen. Das Schriftstück erregt ungeheures Aufsehen; daß es die Stimmung in Ungarn auch nur im Entferntesten umgewandelt habe, wird selbst von den Ultra's, den Männern des Jahres 1849 und der Debrecziner Chroniktag-Beschlüsse stark bezweifelt. Die Magyaren sind mit dem, was sie erreicht haben, ganz zufrieden; sie fühlen sich sehr glücklich und haben seit achtzehn Jahren eine zu bittere Schule durchgemacht, als daß sie Lust haben sollten, das Erungene um einigerdemokratischen Utopien willen aufs Spiel zu setzen und das Glück und die Existenz des Landes den unersättlichen Nachglüsten eines ganz uavverbesserlichen Agitators wieder zum Opfer zu bringen.

Paris, 29. Mai. Die Politik hat ganz aufgehört; man hört nur noch von den hier als Gäste verweilenden höchsten Herrschaften und den Festen, welche ihnen veranstaltet werden. Unser Kronprinzliches Paar besucht die Ausstellung und die Merkwürdigkeiten von Paris sehr fleißig, aber ohne alle Präsentation in einfachster bürgerlicher Kleidung. Bei dem Besuch des Justiz-Palastes und der Conciergerie verweilte J. K. H. die Frau Kronprinzessin mit tiefer Rührung in dem Gefängniß der Königin Marie Antoinette. Auf die Ankunft des Königs, des Grafen Bismarck und des Generals v. Moltke ist man außerordentlich gespannt. Der Kaiser von Russland trifft am Sonnabend 4 Uhr 20 Minuten auf dem Nordbahnhofe hier ein, wo sich zum Empfang der Kaiser Napoleon mit den Marschällen Canrobert und Regnaud de Saint-Jean d'Angely, dem Garde-General Mellinet, dem Seine-Präfekten, dem Polizei-Präfekten u. s. w. einfinden will. Die Equipagen fahren durch die Straßen Lafayette, de la Paix, Castiglione und Nivoli über den Carrouselplatz in den Ehrenhof der Tuilerien, wo ein Theat der Garde aufmarschiert steht; in den Tuilerien empfängt die Kaiserin mit ihren Gästen den Kaiser von Russland; dann fährt der Kaiser durch die Straße Nivoli, durch die Elysäischen Gelber, die Straße Marigny nach dem Palast Elysée-Bourbon, wo sein Quartier ist. Ein Peloton der Hundertgarden und eine Eskadron Lanciers geleiten die Equipagen. Am 2. Juni (Sonntag) wohnt der Kaiser von Russland dem Gottesdienste in der russischen Kirche bei und fährt später zu den Longchamps-Rennen; am 4. Juni ist Galla-Diner in den Tuilerien, am Abend aber Galla-Vorstellung in der großen Oper. Am 6. Juni (wo Sr. Majestät der König Wilhelm schon hier sein will) ist große Revue (50 Bataillons, 30 Eskadrons und 16 Batterien stehen in Front.) Abends ist Ball bei dem Kaiserlich russischen Botschafter; am 8. Juni großes Fest im Pariser Stadttheater, am 10. Ball in den Tuilerien, am 11. reist der Kaiser von Russland ab, macht jedoch einen Aufenthalt in Fontainebleau.

London, 30. Mai. Der zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte Burke ist sofort nach dem Mantjox-Gefängnis abgeführt und in die vorgeschriebene Sträflingsjacke gesteckt worden. Seine Begnadigung hatte er mit stürzter Gleichgültigkeit aufgenommen; doch war er seitdem sichtbar ruhiger und bei besserem Appetit als in den letzten Tagen. Für den ebenfalls zum Tode verurteilten M'Afferty ist die Begnadigung zwar noch nicht ausgestattet, doch wird sie nicht lange auf sich warten lassen.

#### Pommern.

Stettin, 1. Juni. Heute trafen die verschiedenen Batteuren der 2. Artilleriebrigade von Colberg, Swinemünde und Stralsund zu den am nächsten Montag beginnenden Schießübungen hier ein und bezogen in den umliegenden Ortschaften Kantonements-Quartiere.

Vor einigen Tagen brannten in Hohenfelchow die Stallungen des dortigen Schulzen und in Hohenfelde ein Familienhaus nieder. Über die Entstehungsart des Feuers ist nichts Näheres bekannt.

Dem Vernehmen nach soll der hinter dem Rathause liegende tiefe Rinnstein mit Granitplatten überdeckt werden, um die mit dem Eintritt der warmen Jahreszeit höchst fühlbaren übeln Ausbünstungen abzusperren und die dortige Passage zu verbessern.

Der Frau eines in der Breitenstraße wohnhaften Töpfers gesessen wurde ihre sämtliche auf dem verschlossenen Hausboden zum Trocknen aufgehängte Wäsche, vermutlich mittels Hindurchspritzen einer ägenden Flüssigkeit durch einen Lattenverschlag, total ruiniert.

Der allgemein bekannte gesiederte Virtuose hinter dem Rathause, (die schön schlängende Schwarzdrossel) ist vom Hotelbesitzer Schmitt für seinen neu errichteten Garten acquirirt worden.

Einer Dame wurde heute auf dem Hennmarkt aus einer Ledertasche, welche sie am Arme trug, eine Börse mit 4 Thlr. 5 Sgr. Inhalt entwendet.

In vorsessener Nacht wurde mittels Einbruchs in der Werkstatt des Kupferschmiedemeisters Siegert auf der gr. Poststraße ein Diebstahl an kupfernen Röhren, im Gewicht von circa ¾ Ctr. verübt; indessen gelang es dem dort stationirten Wächter, einen der Thäter unmittelbar nach der That festzunehmen. Der Theilnehmer an dem Diebstahl wurde heute früh ermittelt und verhaftet.

In den Anlagen vor dem Königsthor wurden in letzter Nacht 24 Fuß von dem dort befindlichen zinkenen Ableitungsröhr entwendet.

Der "St.-A." enthält nachstehende Verordnung, betreffend die Form der Dienstleide, vom 6. Mai. "Die Form des Dienstleides, welcher von den im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten fortan zu leisten ist, wird dahin festgestellt: Ich N. N. schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Königlichen Majestät von Preußen, meinem Allernäsigsten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorsam sein und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten will, so wahr mir Gott helfe u. s. w." Dem Schwören bleibt es überlassen, den vorstehend festgestellten Eideworten die seinem religiösen Bekennnis entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen. Bei den im mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten tritt denselben diesenigen Eidnorm hinzu, mittels deren diese Beamten sich den bestehenden Bestimmungen und den besonderen Verhältnissen gemäß, dem unmittelbaren Dienstherren zu verpflichten haben. Der gedachte Eid verpflichtet den Schwören nicht nur für die zur Zeit der Eidesleistung von ihm bekleideten, sondern auch für alle ihm etwa später zu übertragenden Lemter."

Putbus, 29. Mai. Gestern früh fanden Arbeiter in einer nahe der hiesigen Mühle befindlichen Tiefgrube eine weibliche Leiche. Dieselbe wurde als die des erst 17jährigen Dienstmädchen eines hiesigen Böttchers erkannt. Spuren von Gewaltthat waren nicht zu erkennen, und scheint eine Abends vorher stattgehabte Ehrenkränkung das Motiv zum Selbstmord gewesen zu sein. Endlich wird nun auch mit dem Neubau des abgebrannten fürstlichen Schlosses begonnen. Wie man hört, soll dasselbe durch Anbau vergrößert und auch ein geschmackvoller Wintergarten mit Glasbedachung gebaut werden.

Stargard, 31. Mai. Am gestrigen Tage ereignete sich in Bude Nr. 148 der Rogonitzer- und Posener Strecke ein höchst origineller Fall. Es kam nämlich zu dem Wärter genannter Bude ein gutgeleideter unbekannter Mann, welcher denselben mittheilte, daß der Herr Bahnmeister ihn sofort zu sprechen wünsche und daß er ihn während seiner Abwesenheit vertreten solle. Der Bahnwärter, an nichts böses denkend, weil solcher Fall schon öfters vorkommen war, machte sich auch sogleich auf den Weg. Der angebliche Stellvertreter, zu dem sich nach kurzer Zeit noch ein anderer unbekannter Mann gesellte, gingen sodann in die Wohnung des Wärters, misshandelten die Frau desselben, erbrachen die Spinde und Kästen, woraus sie verschiedene wertvolle und brauchbare Gegenstände entwendeten und sodann sich eiligst entfernten.

Greifensee i. Pom., 31. Mai. Heute Mittag 1 Uhr entstand in den vor dem hiesigen hohen Thore am Wege nach Triglaff gelegenen Scheunen Feuer, wodurch 50 mit Stroh gedeckte Scheunen ein Raub der Flammen wurden.

+ Greifenhagen, 31. Mai. Wenn ich Ihnen früher über den Mangel an Chausseen in unjrem Kreise geschrieben habe, so haben wir jetzt Hoffnung, diesem Mangel abgeholfen zu sehen, da dem Vernehmen nach von den Kreisständen der Bau dreier Chausseen beabsichtigt wird, von denen die eine von Greifenhagen nach Neumark, die andere von Bahn nach Rügen gehen und die dritte Süddichow mit Bahn verbinden soll. Das Zustandekommen genannter Strecken wird dadurch noch mehr gesichert, daß mehrere Ortschaften sowohl als auch Güter freiwillige Geldbeiträge dazu angeboten haben. Obwohl der Kreis Schulen genug hat, so kann dies doch kein Hinderniß sein, zu einer neuen Anleihe für den Chausseebau zu schreiten, weil unzweifelhaft die Wohlhabenheit des Kreises dadurch erhöht werden wird. Durch die letzten kalten Tage haben die Helder manchen Schaden erlitten, vornehmlich ist der Raps, wo er dünn stand, durch den Schnee gefickt worden. Es sieht jedoch zu hoffen, daß bei der heutigen warmen Witterung sich noch Vieles erholen wird.

#### Bermischtes.

(Die ungarische Krönungs-Ceremonie.) Die selbe soll nach alter Sitte in folgender Weise vor sich gehen: 1) Durch ein dreitägiges Fasten bereitet sich der Kaiser zu dieser Königs-Krönungsfeier vor. 2) Die Ceremonie darf nur an einem Sonntag stattfinden. 3) Der König von Ungarn ist gehalten, den Schwur im Angesicht des Volkes zu thun. 4) Der Bischof betet, und bittet um den Segen des Himmels für Den, der ge-

krönt werden soll. 5) In den Litaneien werden die Heiligen gebeten, sich bei Gott zu Gunsten des Königs von Ungarn zu verwenden, derselbe kniet während dieser Zeit. 6) Der Bischof weiht den rechten Arm des Königs: Handgelenk, Ellbogen und Schulter. 7) Dann beginnt die heilige Messe, die bis zur Epistel oder Ansprache wählt; denn der Bischof zieht das Schwert, und während er gebetet hat, giebt er es dem Könige und sagt: "Gürte dieses Schwert um, aber denke stets daran, daß die Heiligen nur durch den Glauben, nie durch das Schwert besiegt werden". 8) Nimmt der Bischof die Königskrone und setzt sie dem Kaiser auf. 9) Giebt er ihm das Szepter in die Hand. 10) Geleitet er ihn zum Throne, auf welchem er Platz nimmt, und die Messe wird vollendet. Der Bischof bleibt zur Rechten des Primaten von Ungarn. — Der Schwur auf die Konstitution, diese Frage bleibt noch zwischen dem König und der Regierung eine einstweilen zu vereinbarende. (V. Fr.-Bl.)

#### Neueste Nachrichten.

Potsdam, 31. Mai, Nachmittags 4 Uhr 35 Min. Soeben ist Sr. Maj. der Kaiser von Russland nebst Gefolge von der Wildparkstation mittelst Extrazuges nach Paris abgereist.

Darmstadt, 31. Mai, Nachmittags. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer verlas der Regierung-Kommissar bei der Verhandlung über den Antrag des Abgeordneten Mey, betreffend die neuen Eisenbahnstrecken, eine Erklärung, welche besagte, daß die Regierung mit den Verwaltungen der hessischen Ludwigsbahn sowie der Taunusbahn augenblicklich unterhandele, jedoch zweifelhaft sei, ob auf Staatskosten oder Privatkosten zu bauen sei, und ferner, ob die Odenwaldbahn von Darmstadt oder Dieburg ausgehen solle. Die Regierung verlangt hierüber zunächst die Entscheidung der Stände zu vernehmen. Der Abgeordnete Mey unterzog diese Erklärung einer herben Kritik, welche der Präsident, unter Beistellung der Rechten, als einen maßlosen Angriff gegen die Regierung rügte. Die Kammer erklärte den Antrag Mey durch die Neuerung der Regierung für erledigt und verwies den Antrag der Regierung an den Ausschuss.

Wien, 31. Mai, Nachmittags. Die "Wiener Abendpost" veröffentlicht ein Telegramm der österreichischen Gesandtschaft in Washington vom 30. Mai Nachts, welches meldet, daß nach den Berichten Campbel's, nordamerikanischen Gesandten bei Juarez, General Escobedo am 15. Mai Querétaro eingenommen und Kaiser Maximilian bedingungslos kapitulirt habe.

Nach dem neuesten Bülletin ist das Befinden der Erzherzogin Mathilde beruhigender.

Pesth, 31. Mai, Nachmittags. Die Deputirten-Tafel hat in ihrer heutigen Sitzung einen Gesetzentwurf, betreffend die Revision einiger Gesetzeartikel aus dem Jahre 1848 angenommen.

London, 31. Mai. Aus Newyork wird pr. atlantisches Kabell gemeldet, daß der Finanz-Sekretär beschlossen habe, die Einführung des Papiergeldes zu sistiren.

Konstantinopel, 31. Mai. Einer Mittheilung des heutigen "Levant Herald" zufolge hätte Guad-Pascha neuerdings den Vertretern der Großmächte eine Eirkularnote übermittelt, welche sämtliche Beschwerden der Pforte recapitulirt und Griechenland für die schweren Folgen seiner Handlungsweise allein verantwortlich macht.

#### Schiffssberichte.

Swinemünde, 29. Mai, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Minna, Stefforth, von Alba. Wind: S. Strom ausgehend. Revier 14½ F.

— 30. Mai, Vormittags. Stolp, (SD), Biemle, von Kopenhagen. Wind: S. Strom ausgehend. Revier 14½ F.

— Nachmittags. Borussia (SD), Cybe; Vineta (SD), Lislow, von Königsberg. Neptunus, Leeve, von Danzig. Im Anfiegel: Einigkeit, Braun, von Grimsby, läuft in Swinemünde. Wind: S. Strom ausgehend. Revier 14½ F.

— 31. Mai, Vormittags. Elisabeth, Marx, von Rügenwalde. Olga, Jez, von Newcastle. Adelheid, Heinrichs, von Sunderland. Gustav, Kräf, von Königsberg. 3 Schiffe ansegeln. Wind: S. Strom ausgehend. Revier 14½ F.

— 31. Mai, Nachmittags. Luise Wieders, Wilde, von Sunderland. Activ, Ahrens, von Bremen. Söhlomsten, Rasmussen; Twa Benner, Ottenberg, von Haugefund. Memel-Packet (SD), Wendt, von Memel. Elizabeth Garrison, Stephanson, von Hartlepool, läuft in Swinemünde. — Wind: N. Strom ausgehend. Revier 14½ F.

— 31. Mai, Nachmittags. Luisa Wieders, Wilde, von Sunderland. Activ, Ahrens, von Bremen. Söhlomsten, Rasmussen; Twa Benner, Ottenberg, von Haugefund. Memel-Packet (SD), Wendt, von Memel. Elizabeth Garrison, Stephanson, von Hartlepool, läuft in Swinemünde. — Wind: N. Strom ausgehend. Revier 14½ F.

#### Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Juni. Witterung: schön, gestern Nachmittag Gewitter. Temperatur + 18° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen schwach behauptet, loco pr. 85psd. gelber u. weißbunter 92, 96 R. bez. Juni 94, 94½ R. bez. Br. u. Gd., Juni-Juli 93½ R. Br., 93 Gd., Juli-August 92 R. Br., September-Oktober 80½ R. R. Br., 80 Gd.

Roggen fest, pr. 2000 psd. loco 64, 67 R. bez. Juni 64 R. bez. Br., Juni-Juli 63½, 1½, 1½, 1½ R. bez. u. Gd., Juli-August 59½, 2½, 60 R. bez., September-Oktober 57 R. Br., 56½ R. Gd.

Gefste ohne Umsatz.

Hafers loco per 50psd. 32, 34 R. bez., feiner 35 R. bez.

Rübbel behauptet, loco 11½, 1½, 1½, 1½ R. Br., Juni und Juli 11½ R. bez., September-Oktober 11½ R. Br., 11½ R. Gd.

Spiritus gut behauptet, loco ohne Fass 20½ R. Gd., Kleinigkeiten vom Lager 20½ R. bez., Juni-Juli 19½ R. Gd., Juli-August 19½ R. Gd., August-September 20 R. Br. u. Gd., September-Oktober 18½, 18½ R. bez.

Angemeldet: 100 Wsp. Hafers, 800 Ctr. Rübbel.

Landmarkt.

Weizen 90—97 R., Roggen 64—68 R., Gerste 44—48 R., Erbsen 58—64 R. per 25 Schffl., Hafers 32—36 R. per 26 Schffl., Stroh pr. Schffl. 7—8 R. bez., Hen pr. Ctr. 15 bis 25 R.

Hamburg, 31. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco flan, auf Terme weichend, spätere Sichten 2 Thlr. niedriger.